Stellungnahme der Gemeindevertretung Quarnbek zum bevorstehenden Bürgerentscheid

Ist-Situation

Die Landesregierung hat zur Erreichung der Klimaziele auch in unserer Gemeinde ein Vorranggebiet zur Errichtung von Windenergieanlagen ausgewiesen. – Die Gemeinde Quarnbek hat im März 2021 einen Grundsatzbeschluss verabschiedet, dort den Bau von 3 weitere Anlagen zuzulassen und die Bedingungen der Gemeinde in einem Städtebaulichen Vertrag nach Baugesetzbuch festgelegt.

Zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger bestehen ein Städtebaulicher Vertrag und ein Begleitschreiben. Diese beinhalten:

- Die Gesamthöhe der einzelnen Windenergieanlagen wird 200 m nicht überschreiten.
- Die Ausgleichsflächen sollen auf der Burwiese in der Gemeinde Quarnbek liegen.
- Der Sitz der noch zu gründenden Betreibergesellschaft wird in Quarnbek sein, was wiederum Steuereinnahmen für die Gemeinde bedeutet.
- Der Gemeinde wurden durch den Vorhabenträger in einem Begleitschreiben die maximalen freiwilligen
- Zahlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), also 0,2 Cent pro Kilowattstunde, zugesichert. Dazu
- wird es noch eine gesonderte schriftliche Vereinbarung geben. Dies bedeutet weitere zusätzliche jährliche
- Einnahmen für die Gemeinde im fünfstelligen Bereich.
- Den Bürgern der Gemeinde Quarnbek wird die Beteiligung an bis zu einem Drittel an der Betreibergesellschaft
- ermöglicht.
- Die Gemeinde spart die Kosten der Aufstellung eines Bebauungsplanes.

Fragestellung und Bedeutung

Am 13. März 2022 wird ein Bürgerentscheid in der Gemeinde Quarnbek stattfinden mit einer Fragestellung der Bürgerinitiative.

Diese Fragestellung zielt darauf ab, dass die von der Gemeinde bereits getroffenen Entscheidungen im Rahmen des Städtebaulichen Vertrags fallengelassen und neue Rahmenbedingungen durch eine Bauleitplanung festgelegt werden sollen. Die Gemeinde soll die Höhe und die Lage der drei geplanten Windkraftanlagen selbst bestimmen und gleichzeitig eine Bebauung auf dem Vorranggebiet durch eine Veränderungssperre zwei Jahre lang verhindern.

Genehmigungsverfahren

Wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert sind, dass IMMER ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz durchgeführt werden muss, bevor Windenergieanlagen errichtet werden können. Dieses Verfahren umfasst u.a. eine detaillierte Umweltverträglichkeitsprüfung zu Auswirkungen u.a. auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft und Landschaft sowie eine Baugenehmigung. Das bedeutet also, dass die Punkte aus der Fragestellung der Bürgerinitiative „Freihaltung der Biotop-Verbundachse inkl. Moorkörper entlang der Melsdorfer Au“, „Freihaltung der Sichtachse zu den Denkmälern auf Gut Quarnbek“ sowie „Berücksichtigung der Belange der Flugabwehrsicherung der Bundeswehr“ sowieso behördlich geprüft werden – UNABHÄNGIG davon, ob ein Bauleitverfahren eingeleitet wird oder nicht.

Das passiert, wenn sie mit Ja stimmen

Wenn die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich mit Ja für die Aufstellung einer Bauleitplanung stimmen, dann hat das folgende Auswirkungen:

- Die Gemeinde muss ein Büro mit der Erstellung eines Bebauungsplanes und allen erforderlichen Untersuchungen beauftragen; die Gesamtkosten von ca. 100.000 € hat die Gemeinde aufzubringen.
- Die Veränderungssperre währt 2 Jahre; in dieser Zeit dürfen also keine Windenergieanlagen gebaut werden oder wertsteigernde Maßnahmen erfolgen.
- Innerhalb dieser Zeit werden möglicherweise weitere Gesetze zum Klimaschutz und damit zu der EEG-Reform beschlossen, die weit über die jetzigen Vorgaben der Landesplanung hinausgehen, um die angestrebten Klimaziele bis zum Jahre 2030 zu erreichen. Konkret: In ein paar Jahren könnten auf dieser Vorrangfläche auch Windenergieanlagen gebaut und genehmigt werden dürfen, die weitaus höher als 200 m sind.
- Sollte die Gemeinde in der Bauleitplanung eine Höhenbegrenzung für die Windenergieanlagen festlegen, die vom jetzigen Städtebaulichen Vertrag abweicht, könnte es sein, dass der Gemeinde eine Klage gegen diese Höhenbegrenzung droht. Die Gemeinde hätte dann nicht nur die Kosten der Bauleitplanung, sondern auch erhebliche Prozesskosten und mögliche Schadensersatzansprüche zu tragen.
- Zudem könnte es sein, dass der Vorhabenträger die Zusage zu den freiwilligen Zahlungen zurückzieht und der Gemeinde somit wichtige Einnahmen verloren gehen. Ebenso könnte die Zusage, die Ausgleichsmaßnahmen in die Burwiese zu legen, hinfällig werden.

Natürlich muss man auch erwähnen, dass eine Bauleitplanung einen eventuellen Vorteil gegenüber eines Städtebaulichen Vertrages hat. Die Gemeinde würde darin als Satzung die Rahmenbedingungen festlegen, unter denen auf Gemeindegebiet Windenergieanlagen gebaut werden sollen wie z.B. Höhe, Lage, Ausgleichfläche usw.

ABER, gegen den Inhalt dieser Satzung können sowohl die Behörden, die den aufgestellten B-Plan anwenden sollen, als auch der Vorhabenträger selbst klagen, wenn die Rahmenbedingungen von den Behörden abgelehnt werden oder sie den Vorhabenträger zu unwirtschaftlichem Handeln zwingen würden.

Das passiert, wenn sie mit Nein stimmen

- Wenn die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich mit Nein gegen die Aufstellung einer Bauleitplanung stimmen, dann bleibt alles, wie es jetzt ist.
- Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach Bundes-Immissionsschutzgesetz werden die oben genannten behördlichen Prüfungen durchgeführt – auch die, die die Bürgerinitiative fordert.
- Der Städtebauliche Vertrag und die darin von der Gemeinde festgelegten Rahmenbedingungen wie Höhe, Lage, Ausgleichsfläche usw. werden umgesetzt.
- Die finanziellen Zusagen des Vorhabenträgers haben weiterhin Bestand und der Gemeinde und damit auch den Bürgerinnen und Bürgern bleiben immense Kosten erspart.

Fazit

Die Meinungen innerhalb der Gemeindevertretung zu diesem Thema sind nach wie vor sehr gegensätzlich. Einigkeit besteht aber bei der gesamten Gemeindevertretung darüber, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen sollen. In Kenntnis der wichtigsten Informationen sollen sie eine sachlich begründete Entscheidung treffen, was in ihren Augen das Beste für die Gemeinde ist. Je mehr Bürgerinnen und Bürger zur Wahlurne gehen, desto besser. Die Gemeindevertretung wird das Ergebnis des Bürgerentscheids in jedem Fall vollumfänglich akzeptieren und alle nötigen Maßnahmen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger umsetzen.